



Bewertung von Schwerpunkten der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU aus gewerkschaftlicher Sicht

In der Januar-Ausgabe dieser Zeitung haben wir auf der Grundlage unserer Forderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Organisationsbereichen

- **Polizei**
- **Feuerwehr**
- **Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)**
- **Bürger- und Ordnungsämter**

mit der Bewertung der Koalitionsvereinbarung begonnen, die wir jetzt schwerpunktmäßig fortsetzen:

Anpassung der Besoldung und Versorgung

2012 und 2013 wird jeweils zum 1. August die Beamtenbesoldung um 2% erhöht. Unter Wahrung der Konsolidierungsziele soll für die Beamtinnen und Beamten des Landes eine Perspektive entwickelt werden, die den Abstand zum Besoldungsniveau der anderen Länder reduziert (Seite 43, die Zeilen 25 bis 30 der Koalitionsvereinbarung).

In einem ersten Gespräch am 28. Dezember 2011 hat Innen- und Sportsenator Frank Henkel der GdP zugesichert, dass die Koalition diese Zusage einhalten wird. Der Anpassungsprozess soll spätestens 2017 abgeschlossen sein, wenn möglich früher.

Kennzeichnung

Das Tragen von Namensschildern ist ein Beitrag, der die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten bürgernäher machen kann. Ihren Sicherheitsbedenken soll Rechnung getragen werden. Statt des Namens kann eine rotierende Ziffer getragen werden. Auf Antrag kann die Melde-registrierung beschränkt oder gesperrt werden (Seite 67, die Zeilen 27 bis 32 der Koalitionsvereinbarung).

Auch dazu hat sich der Innensenator schon geäußert. Die geltende Geschäfts-

anweisung soll schnell geändert werden. Wir haben mit Bezug auf diese Zusage die Polizeivizepräsidentin, Frau Margarete Koppers, mit der Bitte angeschrieben, dazu die Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat aufzunehmen.

Arbeitszeit

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen werden Arbeitszeitmodelle entwickelt, durch die die Interessen des Dienstherrn und die Bedürfnisse der Beschäftigten harmonisiert werden (Seite 42, die Zeilen 43 bis 45 der Koalitionsvereinbarung).

Auf der Grundlage des vorgegebenen Interessenausgleichs zwischen dem

Einhaltung der vereinbarten Eintreffzeiten zu verbessern.“

Unabhängig davon werden wir uns in den Haushaltsberatungen zu drei speziellen GdP-Forderungen für die Feuerwehr mit den Innen- und Haushaltspolitikern von SPD und CDU auseinandersetzen.

Neueinstellungen bei der Berliner Feuerwehr

Die Bewerberzahlen haben sich halbiert. Durch die Besoldung der Anwärter im zweiten Ausbildungsjahr nur mit Anwärterbezügen ist der Beruf Feuerwehrfrau/-mann unattraktiv.

Personalsituation

Wir werden auf die Einhaltung des Wahlversprechens der CDU drängen, 150 Feuerwehrleute zusätzlich einzustellen. 300 wären erforderlich, um den täglichen Anforderungen an die Berliner Feuerwehr rund um die Uhr gerecht zu werden.

Nachnutzung des Flughafens Tegel als Ausbildungsstätte der SE AF

Der Innensenator hat dieses Nachnutzungskonzept schon mit Interesse zur Kenntnis genommen.

LABO, Bürger- und Ordnungsämter

Die Verwaltung Berlins muss die Herausforderung meistern, dass in den nächsten Jahren über 17 000 Beschäftig-

te des öffentlichen Dienstes ausscheiden werden. Die demografische Entwicklung erfordert für neu einzustellende **wie auch für bereits beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine konkurrenzfähige Einkommensentwicklung, attraktive Aus- und Weiterbildungsangebote sowie ein auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtetes Arbeitszeitangebot bereitzustellen** (Seite 42, die Zeilen 26 bis 32 der Koalitionsvereinbarung).



Von links: Bernd Krömer, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Michael Schombel, Vorsitzender der Bezirksgruppe Feuerwehr in der GdP, Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender der GdP, und Frank Henkel, Innensenator

Foto: MiLa

Dienstherrn und den Beschäftigten werden wir zusammen mit unseren Personalräten Gespräche mit der Polizeivizepräsidentin aufnehmen. Mit der Auswertung des Berliner Modells wird dazu die Diskussion um diese veränderten politischen Voraussetzungen erweitert.

Berliner Feuerwehr

Der Feuerwehr haben SPD und CDU auf den Seiten 68 und 69 der Koalitionsvereinbarung 13 Zeilen gewidmet. Dort ist eine „verwaschene“ Absichtserklärung nachlesbar: „Wir streben an, die

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Bis zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 entwickeln die Bezirke und die Senatsverwaltungen gemeinsam ein **Personalbedarfskonzept** (Seite 43, die Zeilen 20 bis 23 der Koalitionsvereinbarung).

Die Ordnungsämter müssen gestärkt werden, damit sie in der Lage sind, bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs noch stärker auch die Einhaltung anderer Normen zu überwachen. Die Ausstattung der für die Überwachung des öffentlichen Raumes zuständigen bezirklichen Ordnungsämter werden wir überprüfen (Seite 68, die Zeilen 29 bis 37 der Koalitionsvereinbarung).

Auf der Grundlage dieser politischen Vorgaben werden wir in den Haushalts-

beratungen und unseren politischen Gesprächen in den nächsten fünf Jahren mit Nachdruck eine angemessene Personalausstattung dieser Bereiche des öffentlichen Dienstes fordern. Darüber hinaus müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bürger- und Ordnungsäm-

tern der Entgeltgruppe 8 zugeordnet werden. Die Tätigkeit „Mitarbeiterin/Mitarbeiter im allgemeinen Ordnungsdienst (AOD)“ muss ein Ausbildungsberuf werden. Alle Auszubildenden müssen übernommen, Zeitarbeitsverträge entfristet werden.

Peter Trapp wiedergewählt



Kollege Peter Trapp (CDU) erneut Vorsitzender des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung (ISO-A) Foto: Archiv GdP

Am Montag, dem 9. 1. 2012, ist unser Kollege Peter Trapp (CDU) erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung (ISO-A) des Abgeordnetenhauses von

Berlin gewählt worden. Peter Trapp war viele Jahre Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Berliner Polizei und stellvertretender Vorsitzender der GdP in Berlin. Er arbeitet nach wie vor aktiv in der GdP mit und ist bekannt dafür, sich aktiv, im Rahmen seiner Möglichkeiten, für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Polizei, der Feuerwehr, dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie in den Bürger- und Ordnungsämtern einzusetzen. Das wird Peter Trapp auch weiter tun.

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 6. 1. 2012.

LABO, BÜRGER- UND ORDNUNGSÄMTER

Machbarkeitsstudie „Gemeinsame Anlaufstellen“

Auf der Intranetseite der Senatsverwaltung für Inneres und Sport steht der Abschlussbericht zur Machbarkeitsstudie der gemeinsamen Anlaufstellen zur Verfügung. Ziel der Studie ist es, darzustellen, wie gemeinsame Anlaufstellen für Kundinnen und Kunden der Berliner Verwaltung im Sinne einer „One-Stop-City“ umgesetzt werden können. Die materiell-rechtlichen Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden spielen dabei keine Rolle.

Der gesamte Abschlussbericht umfasst 208 Seiten plus einige hundert Seiten Anlagen. Deshalb ist es unmöglich, die Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe und die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Artikel darzustellen.

Nachfolgend kurz und prägnant einige Highlights aus der Studie:

Es sollen 24 Bürgerhäuser, 128 Stadtteilzentren und 1800 Familienpunkte

berlinweit eingerichtet werden. Die 24 Bürgerhäuser entstehen in den Bezirken. Die 44 Bürgerämter werden damit halbiert. Das Angebot der Bürgerämter wird erweitert. In den künftigen Stadtteilzentren wird das Leistungsangebot reduziert und die Bürgerinnen und Bürger überwiegend beraten.

Die 128 Stadtteilzentren werden in den sogenannten LOR („Lebensweltlich orientierte Räume“) angesiedelt. Die 1800 Familienpunkte sind alle Schulen und Kitas, in denen Infotafeln aufgestellt werden.

Interessant ist auch die Besetzung eines Bürgerhauses. Sie sollen den Nukleus, also den Kern der One-Stop-City, bilden. Das heißt, die Beschäftigten der Zentralen Anlauf- und Beratungsstellen der Ordnungsämter, des LABO, LAGetsi, LAGeSo, Beschäftigte aus den Bereichen Jugend, Personenstandswesen, Verbraucherschutz, Wohngeld und



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk:
gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstr. 112/113
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 0 15 25/4 10 17 51
E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



LABO, BÜRGER- UND ORDNUNGSÄMTER

der Polizei arbeiten in Zukunft vor Ort in den Bürgerhäusern ohne notwendigerweise dem jeweiligen LUV „Bürgerdienste“ eines Bezirks materiell-rechtlich unterstellt zu sein. Bemerkenswert ist, dass die Autoren dieser Studie die für die Beschäftigtenvertretungen gültigen Gesetze an keiner Stelle berücksichtigt haben. Im gesamten Abschlussbericht tauchen nicht einmal die Worte Personalrat, Frauenvertreterin oder Schwerbehindertenvertretung auf.

Der Aufgabenkatalog der Bürgerhäuser umfasst den Dienstleistungskatalog der gesamten Berliner Verwaltung. So bekommt man dort zukünftig endlich die „Baumfällgenehmigung“, aber auch alle Aufenthaltstitel, man kann auch ein ei-



Andreas Kreitz, Personalratsvorsitzender im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) Foto: Archiv GdP

genständiges Testament machen und das Bürgerhaus soll auch die Gültigkeitsdauer eines ausländischen Nationalpass verlängern. Allerdings darf man sich im Bürgerhaus nur noch

mit seinem Zweitwohnsitz anmelden. Wo man sich dann künftig ummeldet, das ist der Studie nicht zu entnehmen.

Es wird davon ausgegangen, dass kein Personal neu eingestellt werden muss.

Das Ganze soll rund 17 bis 35 Millionen Euro einmalig kosten. Der jährlich erforderliche Verwaltungsaufwand wird mit 4 bis 7 Millionen Euro beziffert.

Die Beschäftigtenvertretungen sind – wie bereits erwähnt – nicht eingebunden und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat vom Staatssekretärsausschuss den Auftrag erhalten, eine Umsetzungsplanung vorzulegen. Die Gewerkschaften und Personalräte werden sich daran im Interesse der Beschäftigten beteiligen. Wir werden weiter berichten.

BERLINER MODELL

Zur Diskussion – Evaluierung des Berliner Modells

Einige Beiträge, die ich zum Berliner Modell gelesen habe, waren sehr interessant, ehrlich und aus dem Herzen sprechend und ich bin sehr froh, dass sich unsere Polizeivizepräsidentin, Frau Koppers, dazu durchringen konnte, diese Befragung durchzuführen, gerade unter denen, die es betrifft ... uns an der Basis!

Dennoch war ich andererseits überrascht, unter welchen Voraussetzungen diese Befragung eingeleitet wurde, die Frau Koppers auch in ihrem Schreiben vom 27. 9. 2011 dargelegt hat:

„Die wesentlichen Grundpfeiler des BMo

- der an einen festen Tourenplan angelehnte bedarfsorientierte Dienst; keine Rückkehr zu generellen 12-Stunden-Regeldiensten
- die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung auf den Abschnitten
- die Kiezorientierung und die damit verbundene örtliche Zuständigkeit im Dienstgruppenbereich

stellen Rahmenbedingungen für die Evaluierung dar, die nicht zur Disposition stehen.“

Betrachtet man diese Einschnitte, so erhält man den Eindruck, dass man die Mitarbeiter vielleicht nur beruhigen möchte, denn gerade die Punkte, die uns sehr belasten (Schichtdienstmodell), stehen nicht zur Diskussion. Ich denke keiner von uns stellt die Punkte 2 und 3 infrage, jedoch Punkt 1

(Schichtmodell) ist definitiv nicht auszugrenzen.

Fakt ist, dieses Modell ist für die, die es tagtäglich erleben müssen, schädlich – gesundheitlich wie auch für die Familie – und diese Erkenntnis ist nicht neu (gerade der Führungsebene) doch war unser Ex-Polizeipräsident, Herr Glietsch, ein großer Befürworter dieses Modells und somit stand es nicht zur Debatte.

Ich für meinen Teil kann zu Herrn Glietsch nicht viel sagen, da ich ihn in den neun Jahren seiner Amtszeit nicht ein einziges Mal zu Gesicht bekommen habe, jedoch ist für die Kolleginnen und Kollegen des Basisdienstes eines Gewissheit, er war mit einer der Entscheidungsträger, der mit der Einführung und Fortführung des Berliner Modells die Berliner Polizei kaputtgespart und das gute Arbeitsklima innerhalb der Kollegenschaft zerstört hat und dies beziehe ich nicht darauf, dass der Zwölf-Stunden-Dienst abgeschafft wurde.

Betrachtet man die letzten Jahre, so gibt es nichts Positives, nur Negatives und dies wurde ausgiebig durch den Kollegen erörtert, der sich dazu anonym geäußert hat (siehe Intranet).

Auch ich könnte jetzt zum sogenannten Rundumschlag ausholen, doch ganz ehrlich, wird es wirklich gehört, zur Kenntnis genommen, aufgenommen in Überlegungen, die uns, den Basisdienst, vielleicht positive Veränderungen bescheren würden? Wohl

eher nicht, zumindest ist dies der Eindruck des Großteils der Kolleginnen und Kollegen.

Dennoch, der wohl entscheidende und wichtigste Punkt meiner Erkenntnisse ist und bleibt das jetzige Arbeitszeitmodell: Früh/Spät/Nacht/Ausschlaftag – und von vorn – ist so nicht mehr tragbar!

Wo ist das Problem, liebe Entscheidungsträger, ein Gremium einzurichten – das macht man ja sonst auch ständig –, das Arbeitszeitmodelle erarbeitet und dies, in Abstimmung mit der EU, den Gewerkschaften, Personalräten, Direktionsleitern etc., den Kolleginnen und Kollegen vorlegt, damit vielleicht einmal eine übergreifende Zusammenarbeit und eine Entscheidung erreicht werden, die endlich den Betroffenen wieder signalisiert „Hey! Ihr seid wichtig für uns, ohne euch geht es nicht und wir sind daran interessiert, mit euch zu arbeiten und nicht gegen euch“.

Mal ganz ehrlich, die Politik gibt etwas vor und nur in diesem Rahmen bewegen wir uns. Eigene Ideen sind nicht erwünscht und im Vordergrund standen, zumindest in den letzten Jahren, nur Statistiken und finanzielle Aspekte, jedoch nicht der Mensch, die Kollegin/der Kollege auf der Straße.

Wann haben wir endlich mal wieder Entscheidungsträger (vom Polizeipräsidenten bis zum kleinsten W1 ...), die sich für die In-

Fortsetzung auf Seite 4



BERLINER MODELL

Fortsetzung von Seite 3

teressen der Mitarbeiter/-innen einsetzen, ja manchmal auch dafür kämpfen und dann zu Recht darauf hinweisen können, „hinter“ den Kolleginnen und Kollegen zu stehen und nicht nur „davor“ und nur zu kritisieren.

Jeder Entscheidungsträger hat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitern und diese auszufüllen wurde in den vergangenen Jahren völlig ignoriert, zeitweise ausgesetzt.

Es hieß immer nur „geht nicht, ... ist so ... von der Politik vorgegeben ...“ etc.!

Natürlich ist es für jeden Entscheidungsträger eine Gratwanderung, denn von „oben“ bekommt man Druck, von „unten“ sowieso und dann fügt man sich eben einfach geduldig ein und verhält sich loyal und schweigend.

Loyalität ist ein wesentlicher Faktor, aber nicht auf dem Rücken von mehr als 20000 Mitarbeitern, die tagtäglich den Karren aus dem Dreck ziehen, nur damit man in der Politik etwas Positives berichten kann.

Ich weiß, dass viele emotionale Gedanken hier einfließen und jedem von uns liegt es momentan auf der Zunge zu schimpfen, zu meckern, alles schlechtzureden, doch dies ist nicht so.

Es gibt natürlich auch positive Erlebnisse in unserem Beruf und diese zu ignorieren, halte ich für falsch. Für mein Dafürhalten würde es schon eine wesentliche Erleichte-

rung für die Mitarbeiter/-innen geben, würde man den kurzen Wechsel vom Nachtdienst zum Frühdienst wegnehmen, denn gerade dieser Punkt ist für sie das größte Problem und da schließe ich mich ein.

Nun, vielleicht ist ein Zwölf-Stundendienst nicht mehr zeitgemäß, da die EU dies nicht wünscht oder vorsieht (auch wenn wir es zu bestimmten Anlässen ständig nutzen – siehe Wochenende, Feiertage, Ferien etc.), also was spricht dagegen, den Zehn-Stundendienst einzuführen? Na klar, man kommt nicht auf die 41,5 Stunden im Monat. Nun, dann geht man auf 40 runter. Der Effekt:

- ein „gesünderes“ Arbeitszeitmodell, weniger Kranke
- mehr und hoch motivierte Mitarbeiter
- steigendes Vertrauen in die Führungsebene!

Sicher, eineinhalb Stunden gehen verloren, doch dies wäre ein richtiges Signal an die Belegschaft. Wie? Ganz einfach, wir bekommen zwar nicht mehr Gehalt, sind Schlusslicht bei der Besoldung in Deutschland, aber wir gehen mit den Stunden von 41,5 auf 40 runter.

Doch wer hat die Courage „da oben“, sich für die Mitarbeiter/-innen so zu engagieren, nach so langer Zeit? Natürlich ist es leicht, von „hier unten“ dies zu fordern, sich das zu wünschen, denn in der Führungsebene herrschen Gesetzmäßigkeiten, die wir vielleicht nicht deuten können, doch eines

ist zweifellos unstrittig, Wir, die Basis, halten tagtäglich unseren Hintern hin!

Ich selbst wünsche mir, dass man sich wieder traut nach vorn zu blicken und nicht ständig rückwärts. Es gibt eine altbekannte Weisheit: Man kann als Chef nur so gut sein wie die Mitarbeiter/-innen.

Das bedeutet, dass der Chef seine Mitarbeiter wahrnehmen und ernst nehmen muss und versucht, ihre Ängste und Nöte abzustellen, denn dies bewirkt automatisch den Effekt, dass der/die Mitarbeiter/-in Höchstleistungen bringt und sich für sein „Unternehmen“ engagiert. Wir müssen von „unten bis oben“ wieder zueinanderfinden und nicht umgekehrt, denn dies beinhaltet ohne Zweifel das Berliner Modell und beten wir dafür, dass es endlich in dieser Konstellation abgeschafft wird.

Abschließend hoffe ich, dass sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen ermutigt sehen, sich zu äußern und sich nicht hinter der Fassade des Schweigens verstecken, denn mal ehrlich, ob arbeits-, beförderung- oder finanztechnisch, noch schlechter kann es nicht mehr werden, oder?!

Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die noch immer perspektivlos als POM'in/POM ihren Dienst versehen, sollten diese kleine Chance auch wahrnehmen, ihre berechnete Unzufriedenheit kundzutun, denn wenn nichts nach außen dringt, ändert sich auch nichts und hier muss sich definitiv was ändern!

Simon, PK, Dir 1 A 13

AKTIVITÄTEN

Dezember 2011

Donnerstag, den 1. 12. 2011

- Interview mit dem rbb zur Kennzeichnungspflicht

Mittwoch, den 7. 12. 2011

- Interview mit der B. Z. und Radio B2 zum Urteil des Verwaltungsgerichts in Sachen „neuer Polizeipräsident“

Donnerstag, den 8. 12. 2011

- Teilnahme an der Personalversammlung der Direktion 6

Freitag, den 9. 12. 2011

- Interview mit TV TOKYO zum Thema „Sicherheit und Sparmaßnahmen in der Hauptstadt“

Dienstag, den 13. 12. 2011

- Teilnahme an der Sitzung der Landeskommission Beamtinnen und Beamte (LkBB) im DGB

Mittwoch, den 14. 12. 2011

- Teilnahme am Adventskonzert des Polizeipräsidenten in der St. Nikolai-Kirche;
- Interview mit der taz und dem rbb Hörfunk zum Auswahlverfahren des neuen Polizeipräsidenten;
- Interview mit der Abendschau zu Themen wie u. a. Ernennung/Auswahlverfahren neuer PPr, mehr Polizei auf die Straße, Alkoholverbot im ÖPNV, Wünsche an den neuen Innensenator

Dienstag, den 20. 12. 2011

- Interview mit dem Neon-Magazin (STERN) zu Parkgebühren für Polizeikraftfahrzeuge

Donnerstag, den 29. 12. 2011

- Interview mit der Berliner Zeitung zum Auswahlverfahren des neuen Polizeipräsidenten

Freitag, den 23. 12. 2011

- Interview mit TV Berlin zur aktuellen Situation der Berliner Feuerwehr

Mittwoch, den 28. 12. 2011

- Gespräch mit dem neuen Innensenator Frank Henkel zu Themen wie u. a. Anpassung der Besoldung und Versorgung, Nachbesserung des Besoldungsneuregelungsgesetzes, Kennzeichnung, Ausbildung Berliner Polizeibeamtinnen/-beamten in Brandenburg nach Brandenburger Recht

Donnerstag, den 29. 12. 2011

- Interview mit Spreeradio zur Verwendung von „Polen-Böllern“



ARBEITSSCHUTZ

Hilfe! Ich höre nichts mehr ... Explosionstrauma und was nun?

Unter der Überschrift „Hilfe! Ich höre nichts mehr ...“ haben wir über die zunehmende Gefährdung durch Gewaltanwendung gegen unsere Kolleginnen und Kollegen durch den Einsatz von Explosivmitteln berichtet.

In dieser Ausgabe wollen wir euch einige grundsätzliche Informationen zukommen lassen. Im Rahmen der Bewertung von Lärmeinwirkungen wird zwischen einer linearen Lärmbelastung und einer Impulslärmbelastung unterschieden.

Eine lineare Lärmbelastung setzt eine längere, gleichbleibende Lärmbelastung voraus, wie sie zum Beispiel am Fließband der Flaschenreinigungsanlage von Getränkeabfüllfirmen entsteht. Hier ist die Durchführung des Gehörschutzes relativ einfach, da der Lärmpegel, Schalldruck und Frequenzbereich bekannt und gleichbleibend sind. Ein angepasster Gehörschutz ist hier leicht zu beschaffen. Deutlich schwieriger ist dies bei dem sogenannten Impulslärm. Wie schon der Begriff „Impulslärm“ aussagt, handelt es sich um eine plötzlich und häufig nicht voraussehbare Lärmspitze, die zu schwersten Gehörschäden führen kann. Die besondere Problematik liegt hier in der Tatsache, dass der Lärmpegel, der Schalldruck und der Frequenzbereich nicht im Voraus zu berechnen sind. Das hängt auch damit zusammen, dass niemand weiß, welches Explosivmittel (Polenböllern, Cobras, Superkracher ...) zur Zündung gebracht wird. Jedes Explosivmittel hat seinen eigenen Lärmpegel, Schalldruck und Frequenzbereich, was die Beschaffung eines entsprechenden Gehörschutzes deutlich erschwert.

Aus diesen Gründen führte der Arbeitsmedizinische Dienst (AMD) des TÜV-Rheinland eine Versuchsreihe mit unterschiedlichen Explosivmitteln durch, um die Lärmbelastung wissenschaftlich verwertbar festzustellen. Die dort ermittelten Werte liegen dem Auftraggeber der Untersuchung mittlerweile vor, sind aber noch nicht freigegeben!

Nichtsdestotrotz gibt es Gehörschützer, die eine zuverlässige Schutzwirkung entfalten. Ob diese praxistauglich sind und von euch im Falle einer Bereitstellung durch den Arbeitgeber, wozu er verpflichtet ist, getragen werden, ist ein anderes Problem. Selbst wenn es unbequem ist. Der Verlust der Hörfähigkeit ist wesent-

lich „unbequemer“ als das Tragen des Gehörschutzes. Gehörschäden oder Gehörverlust können zur Pensionierung, der Verrentung oder auch zur Entlassung führen!

Warum sprechen wir hier ständig von einem Explosionstrauma?

Die Medizin unterscheidet in Explosionstrauma, Knalltrauma und akutes Lärmtrauma.



Bernhard Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses Arbeitsschutz Foto: Archiv GdP

Akutes Lärmtrauma

Der akute Lärmschaden entsteht bei einer Lärmbelastung von über 100 Dezibel (dB), die über Minuten bis Stunden anhält. Diese Lärmbelastungen entstehen u. a. bei Rockkonzerten, Rennsportveranstaltungen, ggf. auch bei einer Unfallaufnahme in einem Autobahntunnel ...

Die Folge ist meist eine beidseitige Innenohrschwerhörigkeit, hauptsächlich für hohe Töne (der Facharzt spricht von einer sogenannten „C5-Senke“). Eine spontane Verbesserung der Ausfallerscheinungen ist ebenso möglich wie eine Verschlechterung. Das Auftreten von Ohrenscherzen und Gleichgewichtsstörungen ist selten, das Auftreten eines Tinnitus aber häufig.

Knalltrauma

Das Knalltrauma entsteht bei extremen Lautstärken von über 150 dB mit einer Einwirkungszeit von weniger als drei Millisekunden. Wobei der Krach von Gewehrschüssen, auch Spielzeugpistolen oder Explosivkörpern, häufig nur ein Ohr betrifft. Symptome sind eine Hörminderung mit Tinnitus. Selten wird eine Zunahme der

Auswirkungen auf das Gehör eintreten. In diesen Fällen sollte umgehend ein Facharzt oder eine Fachambulanz für den Hals-Nasen-Ohrenbereich (HNO) aufgesucht werden. Nach 48 Stunden ist medizinische Hilfe nur noch in absoluten Ausnahmefällen möglich.

50% der Verletzten tragen bleibende Schäden auf dem Ohr davon, das der Schallquelle am nächsten war. Eine Schädigung der Nervenzellen im Innenohr, die diese Frequenzen hörbar machen, ist zu erwarten (Hochtonschwerhörigkeit).

Daher sofort den Einsatz beenden und fachärztliche Hilfe aufsuchen!

Explosionstrauma, damit haben wir es hier zu tun!

Die schwerste lärmbedingte Verletzung ist das Explosionstrauma. Hier trifft bei Sprengarbeiten, Platzen eines Airbags, Verabreichung einer Ohrfeige, militärischen Explosionen... – dazu gehört auch das Zünden eines „Polenböllers“ – eine Schalldruckwelle von mehr als 150 dB mit einer Dauer von mehr als drei Millisekunden auf das Ohr. Das Ohr wird meist dauerhaft beidseitig geschädigt. Eine Besserung ohne fachärztliche Behandlung ist selten.

Verletzungen treten durch die tiefen Frequenzen vor allem im Mittelohr auf. Die entstandenen mittleren und hohen Frequenzen verletzen das Innenohr. Häufig zerreißt das Trommelfell und führt das zu einer andauernden kombinierten Innen- und Mittelohrschwerhörigkeit, die gegebenenfalls im weiteren Verlauf zunimmt. Weitere schwerwiegende Verletzungen im Mittelohr sowie am Übergang vom Mittel zum Innenohr sind möglich. Ohrgeräusche und Schwindel können auftreten. Häufig wird über Ohrenscherzen geklagt. In aller Deutlichkeit! Es geht hier nicht um Panikmache, sondern um die Sensibilisierung für ein sich ständig ausweitendes Feld körperlicher Gewalt gegen Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen, die unter anderem durch gesetzliche Aufweichungen im Rahmen der Zulassung pyrotechnischer Explosivmittel (500 Gramm zulässige Explosivmasse) noch erleichtert wird.

Wir appellieren an euch, jedes vorhandene oder zur Verfügung gestellte Mittel zum Schutz des Gehörs zu nutzen.

Schwerhörigkeit oder Hörverlust ist grausam und bedeutet vielfach soziale Isolation!

Wird fortgesetzt.



Gewerkschaft der Polizei



Frühlingsball

3. März 2012



Im Convention Center
des ESTREL Hotel
Sonnenallee 225
12057 Berlin



Dance & Showband Andreas von Haselberg

Einlass
19.00 Uhr

Beginn
20.00 Uhr

Ende
02.00 Uhr

Eintrittspreis

80 €

Inklusive:
Begrüßungsgetränk,
Buffet, Softgetränke,
Kaffee, Tee,
Bier und Wein



J.J.Fetzer Band

Karten ab sofort
beim
Polizeisozialwerk
oder den
Bezirksgruppen

Veranstalter: Polizeisozialwerk GmbH der GdP
Landesbezirk Berlin, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin



BÜRGER- UND ORDNUNGSÄMTER

„Was lange währt, wird endlich gut!“ 90 Zeitarbeitsverträge werden im Ordnungsamt Pankow entfristet

Rückblick

21. März 2011

In der 1. JAV-Konferenz der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) kündigt der Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Inneres, Ulrich Freise, auf die Frage des GdP-Vertreters Klaus Eisenreich die Entfristung und damit die Übernahme der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LABO und in den Ordnungsämtern an. Ein großer Erfolg der GdP, die seit Monaten nachdrücklich die Entfristung forderte.

Ulrich Freise wörtlich: „Der Finanzsenator hat dem zugestimmt. Die Bezirksbürgermeister sind informiert.“

4. April 2011

Mit Schreiben vom 28. März 2011 teilt die Senatsverwaltung für Finanzen mit: „Alle Bezirksämter können für Außendienst-Beschäftigte im Allgemeinen Ordnungsdienst (AOD) oder der Parkraumüberwachung, deren befristete Ver-



Martina Wirth, Vorsitzende der Bezirksgruppe LABO
Foto: Archiv GdP

träge im Jahr 2011 oder 2012 auslaufen, bei meinem Referat II C die dauerhafte Übernahme beantragen.

Abweichend davon kann für den Bezirk Pankow eine dauerhafte Übernahme von Mitarbeitern(-innen) in der Parkraumüberwachung derzeit noch nicht erfolgen, da die Erprobungsphase der neu eingeführten Parkraumzone erst abgeschlossen und evaluiert werden muss.“

4. Januar 2012

Am Mittwoch, dem 4. Januar 2012, erfuhr die ca. 90 Angestellten der Parkraumbewirtschaftung im Ordnungsamt Pankow, dass ihre Arbeitsverträge entfristet werden. Der Stadtrat Herr Dr. Kühne verkündete diese frohe Botschaft als Überraschung anlässlich einer Neujahrsbegrüßung im Saal der BVV. Der jubelnde Beifall der Kolleginnen und Kollegen, der daraufhin im BVV-Saal ausbrach, war wahrscheinlich noch weit über die Stadtgrenze Berlins hinaus zu vernehmen.

Frühjahr – Sommer – Herbst – Winter, eine Reise ins Fichtelgebirge lohnt sich immer!



Für GdP-Mitglieder 10% Ermäßigung
auf Übernachtung mit Frühstück/Halbpension
Pension/Apartmenthaus „Zur Mühle“
Vordorfermühle im Rösletal
am Fuße des Schneeberges.

Vordorfermühle 2
95709 Tröstau im Fichtelgebirge
Tel.: 0 92 32/29 43
E-Mail: gasthof-zur-muehle@web.de
www.vordorfermuehle.de

Wichtiger Hinweis bitte beachten!

Bei Anmeldung bitte Kennwort „Gewerkschaft der Polizei“ angeben!
Nur bei Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises bekommen Sie die 10%ige Ermäßigung beim Bezahlen.



Neuerungen in der VBL nunmehr beschlossen

Die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes haben sich zu den Startgutschriften in der VBL, die die höchstrichterliche Rechtsprechung berücksichtigen, verständigt. Insoweit sind mit dem Änderungsvertrag Nr. 5 zum Tarifvertrag Altersversorgung (ATV) vom 30. 5. 2011 einige Neuregelungen vereinbart worden.

Nach dem BGH-Urteil vom 14. 11. 2007 (Az. IV ZR 74/06) über die Unverbindlichkeit der Startgutschriften (Rentenanwartschaften zum 31. 12. 2001) für rentenferne Pflichtversicherte (ab Jahrgang 1947) musste für diese Kollegen eine Neuregelung gefunden werden. Als rentenfern gilt, wer über den Systemwechsel hinaus pflichtversichert war und am 1. 1. 2002 noch nicht das 55. Lebensjahr vollendet hatte. Diese Kollegen konnten nach dem Berechnungsmodell – dem Gesamtversorgungsmodell – der VBL nicht die höchstmögliche Volleleistung erhalten. Auch wurden Kollegen mit längeren Ausbildungszeiten oder Zeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes benachteiligt. Die Kollegen, die als rentennah zu bezeichnen sind, werden durch Regelungen des ATV und der Berechnung der Startgutschrift nicht benachteiligt. Deren Startgutschriftenberechnung auf der Grundlage einer besonderen Besitzstandsregelung ist als rechtmäßig erachtet worden. Für rentenferne Jahrgänge wurde nunmehr ein Vergleichsmodell entwickelt bzw. fortentwickelt. Danach kann eine

Erhöhung der Startgutschrift die Folge sein. Dies hängt von einer Reihe von Faktoren ab, zum Beispiel vom Alter bei Beginn der Pflichtversicherung oder der Anzahl der Pflichtversicherungsjahre. Die Erhöhung kann mithin unterschiedlich ausfallen. Es kann aber auch der Fall eintreten, dass gar keine Erhöhung erfolgt. Für Versicherte und Rentenberechtigte, die beim erstmaligen Beginn der Pflichtversicherung jünger als 25 Jahre waren, erfolgt dabei kein Zuschlag zur Startgutschrift.

Die Vergleichsberechnung erfolgt automatisch, hierzu bedarf es keines Antrages auf Überprüfung der Startgutschrift. Nach Auskunft der VBL soll der Zuschlag zur Startgutschrift sowie in Beanstandungsfällen das Ergebnis der Überprüfung zusammen mit dem Versicherungsnachweis für das Geschäftsjahr 2011 mitgeteilt werden (VBLInfo 2/2011).

Auch im Hinblick auf die Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten sind Veränderungen vereinbart worden. Entsprechend der Vorgaben des BGH-Urteils vom 1. 6. 2005 (IV ZR 100/02) werden Mutterschutzzeiten ab dem 18. 5. 1990 wie Umlage-/Beitragsmonate mit zusatzversorgungspflichtigem Entgelt berücksichtigt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. 4. 2011 (1 BvR 1409/10) ist der Stichtag nicht zu halten, sodass sich die Tarifparteien hierzu nochmals verständigen müssen.

Bei der Anerkennung dieser Mutterschutzzeiten ab 1. 1. 2012 wird ein fiktives zusatzversorgungspflichtiges Entgelt nach § 21 TVöD/TV-L berücksichtigt. Das ist das gleiche Entgelt, das einem während der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zustehen würde. In dieser Höhe werden zukünftig Versorgungspunkte während des gesetzlichen Mutterschutzes erworben. Bei Mutterschutzzeiten vor dem 31. 12. 2011 wird ebenfalls ein fiktives Entgelt errechnet. Dieses ergibt sich aus dem durchschnittlichen Entgelt des Kalenderjahres, das vor dem Beginn der Mutterschutzfrist liegt (VBLInfo 2/2011).

Die Mutterschutzzeiten von 2012 an werden automatisch berücksichtigt. Die Berücksichtigung dieser Zeiten vor dem 31. 12. 2011 muss hingegen schriftlich bei der VBL beantragt werden, da der VBL der Beginn und das Ende des Mutterschutzes in der Regel nicht bekannt sind.

Hinsichtlich einiger konkreter Berechnungsbeispiele verweise ich auf die Internet-Seiten der VBL. Diese hat hier im November 2011 eine Info hinterlegt. Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen aber auch gerne zur Verfügung. Ein entsprechendes Antragsmuster für die Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten ist im Internet unter www.gdp-berlin.de/DeutschePolizei/Landesjournal2012 Februar-Ausgabe eingestellt.

RA Thomas Woelke

Damen und Herren Gesellschaftskleidung Fachgeschäft seit über 40 Jahren

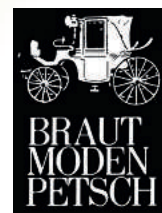
Wir sind der Spezialist für die passende Garderobe für Ihren besonderen Anlass. Seit 40 Jahren zählt unser Fachgeschäft am Nollendorffplatz zu den exklusiven Adressen Berlins, wenn es um die richtige Garderobe für Hochzeit, Ballereignis oder den stilvollen Konzertabend geht.

Spitzenmodelle internationaler Designer, festliche Abendanzüge sowie elegante Abendroben - hier trifft die Dame auf eine große Auswahl und erhält zudem eine kompetente und stilsichere Fachberatung.

Ebenso der Herr: Ob festlicher Anzug, Smoking oder Frack. Hier finden Sie, was Sie suchen. Eine Fülle fein aufeinander abgestimmter Accessoires, Hemden, Fliegen und Tücher rundet das Angebot ab.

Änderungswünsche können im eigenen Atelier sofort bearbeitet werden.

Unsere Mitglieder erhalten 20 % Zuschuss



Sie finden uns:

Kleiststr. 42 (am Nollendorffplatz)
10787 Berlin

Tel.: 216 3938 Fax: 2199 6123

Öffnungszeiten:

Mo 12.00 bis 19 Uhr

Di-Fr 10.00 bis 19.00 Uhr

Sa 09.30 bis 16.00 Uhr



Polizeisozialwerk GmbH

Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442

weitere interessante Angebote unter
www.gdp-berlin.de



Junge Gruppe – Wer verbirgt sich dahinter?

Zehn Fragen an
Daniel Käbisch



Daniel Käbisch

1. *Wie würdest du dich selbst mit drei Worten beschreiben?*
Aufgeschlossen, optimistisch, exzentrisch
2. *Welches Wort benutzt du am häufigsten?*
Panoptikum
3. *Wie kamst du zur Polizei?*
Aufgrund innerer Überzeugung das Richtige zu tun.
4. *Wo gehst du am liebsten essen und was isst du dort?*
Don Giovanni in Moabit – Spaghetti Carbonara
5. *Wer war der Lieblingsstar deiner Kindheit?*
Bud Spencer
6. *Welche drei Dinge nimmst du auf eine einsame Insel mit?*
Meine Freundin, ausreichend Nahrung, PC mit Internetanschluss
7. *Was bringt dich auf die Palme?*
Rücksichtslosigkeit und übersteigerte Selbstherrlichkeit
8. *In welchem Geschäft würdest du deine Kreditkarte bis ans Limit ausreizen?*
In keinem
9. *Tee oder Kaffee?*
Tee zu Hause und Kaffee auf Arbeit
10. *Wie lautet dein Lieblingszitat?*
„Wirklich reich ist, wer mehr Träume in seiner Seele hat, als die Realität zerstören kann“

Keine Übernahme der Auszubildenden ins Beamtenverhältnis!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in dieser Ausgabe der „Deutschen Polizei“ wende ich mich an euch, um euch mitzuteilen, dass der Innensenator von einer Änderung der Schutzpolizei-Laufbahnverordnung (SLVO) absieht. Somit ist nicht mehr beabsichtigt, Polizeibeamtinnen und -beamte in Brandenburg auszubilden zu lassen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat die Bedenken und Einwände der GdP sowie der zuständigen Beschäftigtenvertretungen berücksichtigt und eingelenkt. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht ist, die Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ausbildung erfolgreich beendet haben, werden im März 2012 nicht als Beamtinnen und Beamte auf Probe, sondern als Polizeiangestellte übernommen. Der Grund: Der Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 ist durch das Berliner Abgeordnetenhaus noch immer nicht beschlossen und somit sind nur unbedingt notwendige Ausgaben zulässig. Nur in besonderen Ausnahmefällen, in denen ein unabwiesbarer Bedarf besteht, sind laut der Senatsverwaltung für Finanzen Ernennungen in ein Beamtenverhältnis auf Probe möglich. Einen Bedarf für die Übernahme voll einsetzbarer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sieht der Finanzsenator trotz steigender Kriminalität anscheinend nicht.

Nun drängt sich nicht nur mir die Frage auf, wieso trotz Haushaltssperre dann der Senator für Justiz und Verbraucherschutz ernannt werden kann? Ist hier der Bedarf für einen Senator notwendiger als die Gewährleistung der Sicherheit in unserer Stadt? Und wieso wurde durch das Abgeordnetenhaus der Antrag für die Einstellung der Zahlung des Übergangsgeldes an den ehemaligen Justizsenator Michael Braun abgelehnt, wenn die Haushaltssperre nur notwendige Ausgaben zulässt? Herr Braun erhält für 12 Tage Amtszeit rund 50 000 Euro. Das ist mehr als das doppelte Jahresgehalt einer Polizeimeisterin oder eines Polizeimeisters.

Bereits im Jahr 2003 konnten aufgrund der angespannten Haushaltslage nur 74 von 185 Polizistinnen und Polizisten als sogenannte „2/3-Angestellte“ in Berlin übernommen werden. Die restlichen Kolleginnen und Kollegen sind in anderen Bundesländern als Beamtinnen und Beamte eingestellt worden. Auch dieses Mal könnte sich die Möglichkeit ergeben, dass andere Bundesländer Berliner Polizistinnen und Polizisten in das Beamtenverhältnis auf Probe übernehmen. Die Auszubildenden an der Landespolizeischule kommen aus dem gesamten Bundesgebiet, sodass dem einen oder anderen der Abschied aus Berlin leichtfallen würde, wenn ein anderes Bundesland ein attraktives Angebot unterbreitet. Es ist fraglich, ob der Finanzsenator sich darüber Gedanken gemacht hat.

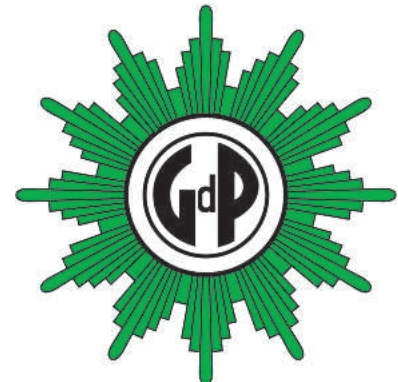


Christian Krenitz, Landesjugendvorsitzender der Berlin

Foto: Archiv GdP

Anscheinend ist das Berliner Abgeordnetenhaus unfähig, rechtzeitig einen Haushalt zu verabschieden. Ich hoffe, dass Herr Dr. Nußbaum eine Ausnahmeregelung für die Übernahme der betroffenen Kolleginnen und Kollegen in das Beamtenverhältnis auf Probe ermöglicht und den Bedarf an voll einsetzbaren Polizeibeamtinnen und -beamten erkennt. So wie er den Bedarf eines Senators für Justiz und Verbraucherschutz anerkannt hat.

Christian Krenitz



GdP-Jubilare der Bezirksgruppe LKA geehrt!

Zu unserer alljährlichen Feier und Ehrung der GdP-Jubilare waren die zu Ehrenden in die Cafeteria des LKA recht herzlich eingeladen. Den verdienten GdP-Mitgliedern wurden die Ehrenurkunden und die Ehrennadeln im Beisein der Ehrenvorsitzenden Erwin Fröhlich und Klaus Lowitz vom Bezirksgruppenvorsitzenden LKA, Robert Hobrecht, überreicht. Die Jubilare wurden mit einem bunten Bilderbogen an die Eintrittsjahre (1986, 1971, 1961 und 1951) der Kolleginnen und Kollegen in die GdP erinnert.

Viel Zeitgeschichte hatten unsere Jubilare da schon erlebt!

Wir gratulieren auch auf diesem Weg allen Jubilaren noch einmal ganz besonders herzlich.

Es hat sich gezeigt, dass für die Ehemaligen die Jubiläumsveranstaltung ein willkommenen Anlass ist, sich wiederzusehen und über alte Zeiten, in denen vieles natürlich „besser“ war, zu reden. Auch für unsere aktiven Kolleginnen und Kollegen ist ein solcher Gedankenaustausch sehr interessant, kann man doch Vergleiche zwischen „damals“ und „heute“ an-

stellen. Der Kollege Paul Blank erinnerte sich, dass er die Jubiläumsurkunde für 25 Mitgliedsjahre aus der Hand von Erwin Fröhlich und die Urkunde für die 50-jährige Mitgliedschaft aus der Hand von Klaus Lowitz erhielt und er nun die Urkunde für 60 Jahre aus der Hand vom Bezirksgruppenvorsitzenden Robert Hobrecht erhält und alle sind bei diesem Festakt anwesend. Alle Teilnehmer hatten viel Spaß und freuten sich über die guten Gespräche und das hervorragende Essen. Ein Dank gilt unserem Kantinenwirt.



60 Jahre GdP – Hannelore Naklada



40 Jahre GdP – Bernd Finger

Fotos: Monika Münch

Das Polizeisozialwerk informiert

der nächste Urlaub kommt bestimmt -

Warum nicht mal Florida!



Alle Mitglieder der GdP und deren Angehörige erhalten bei Buchung im TIDE einen Preisnachlass von 10 %.

Bitte beachten: Bei Buchung den Code **Gewerkschaft der Polizei** unbedingt angeben. Nur so kommen Sie in den Genuss des Nachlasses.

Nachträgliche Codenennung ausgeschlossen!

Tide Vacation Apartments
2800 North Surf Road
Hollywood, Florida 33019
Tel.: 001 954 923 3864
Fax: 001 954 923 8510

E-Mail: tide@tidevacation.com
www.tidevacation.com
Bürozeiten: Mo-Sam 10-17 Uhr (USA-Zeit)
entspricht 16-23 Uhr (deutscher Zeit)



**Alters-
diskriminierung
Arbeitnehmer –
Es bewegt sich
etwas!**

Nach der grundlegenden Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) haben die einzelnen Kammern des Arbeitsgerichtes Berlin zunächst von einer Terminierung abgesehen, weil die Entscheidungsgründe der BAG-Entscheidung noch nicht vorliegen. Sobald die Gründe vorliegen, wird terminiert. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die die Terminierung selbst zugestellt bekommen, werden gebeten, dieses Schreiben der Rechtsabteilung zur Verfügung zu stellen, damit der Termin von hier aus wahrgenommen werden kann.

Über den weiteren Verlauf werden wir unterrichten.

*Joachim Tetzner
Rechtsabteilung*

Liselotte Langer, 92 Jahre
Bezirksgruppe Dir 4
Gerda Schwarz, 85 Jahre
Bezirksgruppe Dir 5
Jürgen Wolff, 74 Jahre
Bezirksgruppe Dir 6
Hans Wook, 87 Jahre
Horst Rose, 61 Jahre
Bezirksgruppe Dir ZA
Helmut Pyritz, 74 Jahre
Bezirksgruppe ZSE
Wilfried Kunoth, 82 Jahre
Roland Völker, 58 Jahre
Bezirksgruppe LKA

VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 5

Am 2. 2. 2012 um 15.30 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbellinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 23. 2. 2012, um 16.00 Uhr in der Kantine Poelchastr. 1, 12681 Berlin, statt. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

LKA

Am 23. 2. 2012 um 15.30 Uhr im Raum 331, Bayernring 44, 12101 Berlin.

ZSE/Stab PPr

Am 8. 3. 2012 um 16.00 Uhr im Restaurant „Kaiserhof Gaststätte“, Stresowstraße 2 (Verl. Freiheit), S-Bahnhof Stresow, 13597 Berlin-Spandau.

Bitte um Beachtung: Neue Örtlichkeit

Senioren

Dir 1

Am Montag, dem 13. 2. 2012, ab 13.00 Uhr im Restaurant „Ratskeller Rathaus Reinickendorf“, Eichborndamm 215–239, 13437 Berlin. Dir 1, Seniorenvertreter Werner Faber, Tel.: 4 03 28 39, GdP-Mobile: 0 15 25/4 10 18 99.

Dir 2

Am 7. 2. 2012 um 15.00 Uhr im Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin. Auskunft Herr Schröder, Tel.: 2 75 10 07.

Dir 3

Am Dienstag, dem 6. 3. 2012, um 16.00 Uhr im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Str. 90/Otawistr. 1, 13351 Berlin, Buslinie: 221 (Haltestelle Otawistr.).

Dir 5

Am 2. 2. 2012 um 14.00 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbellinstr. 50, 12053 Berlin.

Es ist wieder soweit: Neuköllner Pensionäre treffen sich am 3. 2. 2012 um 15.00 Uhr in 12053 Berlin, Werbellinstr. 42 – Haus des älteren Bürgers, Bus 104, 365, U-Bahn: Rathaus Neukölln.

Dir 6

Die nächste Seniorensitzung mit Kegeln findet am Dienstag, dem 21. 2. 2012, um 16.00 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschloßstr. 182, 12557 Berlin, statt.

ZSE

Am Dienstag, dem 28. 2. 2012, um 15.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

Fortsetzung auf Seite 12

Neuer PSW-Partner

Kristall Schwimm&GesundheitsCenter Ludwigsfelde GmbH

Angebot verlängert bis einschließlich 2012

Gegen Vorlage Ihres GdP-Ausweises erhalten Sie für sich und Ihre Familienangehörigen an der Kasse einen Sofortrabatt

in Höhe von 20%.

Für alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei gilt ab sofort ein spezieller Sondertarif.



Übrigens ... lohnt sich schon ein Anruf unter 0 33 78 /5 18 79-0 oder ein Besuch auf unserer Homepage unter www.kristall-saunatherme-ludwigsfelde.de.



VERANSTALTUNGEN

Fortsetzung von Seite 11

LKA

Am Dienstag, dem 7. 2. 2012, 15.00 Uhr, findet unsere Versammlung im „Gasthaus Koch“ in 12103 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 68/Ecke Friedrich-Franz-Str., statt. Wir haben Frau Sawsan Chebli, Grundsatzreferentin für Integration beim Senator für Inneres, bei uns zu Gast. Thema ihres Referates: Integration, Hoffnung und Zuversicht.

Bunte Schokowelt – Am Dienstag, dem 21. 2. 2012, um 11.00 Uhr treffen wir uns in 10117 Berlin-Mitte, Französische Str. 24, zur Besichtigung der Firma „Ritter-Sport“. Vorherige Anmeldung erforderlich! Begrenzte Teilnehmerzahl! Unkostenbeitrag: 1,00 €.

Vorankündigung:

Am Dienstag, dem 6. 3. 2012, 15.00 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“ – Gespräche mit unserer Polizeivizepräsidentin, Frau Margarete Koppers: Die zukünftige

Entwicklung der Berliner Polizei – Die gegenwärtige Personalsituation – Brände und kein Ende.

Am Dienstag, dem 20. 3. 2012, 10.00 Uhr, Besichtigung der Treptowers – Allianz-Turm in Alt-Treptow, Führung durch den Kollegen Andreas Döring, Vorsitzender des Örtlichen Personalrates vom BKA-Standort Berlin – Begrenzte Teilnehmerzahl – Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 0 15 25/ 4 10 05 34 (gdp-mobile) oder Martin Hoffmann, Tel.: 0 15 25/4 10 13 34 (gdp-mobile),

LABO

Am 15. 2. 2012 um 15.00 Uhr im Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstr. 15–16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg (U-Bahnhöfe Kochstr. oder Hallesches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstr.).

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- bzw. Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

DIE GdP GRATULIERT

Jubiläen

25 Jahre

Dagmar Bruhn, Frank Buske, Andreas Neumann, Martin Schröder, Susanne Seiwert, Jürgen Spietz, Stephan Steinbach

40 Jahre

Martina Bathe, Elise Beutler, Joerg Boehmer, Günter Dumke, Monika Hahn, Barbara-Kristina Kluge, Michael Schmidt

50 Jahre

Juergen Gast, Irmgard Hoffmann, Burgfried Knuth, Marlis Müller, Helmut Scheffner

60 Jahre

Horst Feltin, Erwin Fröhlich, Friedrich Gruppe, Rudolf Hannemann, Klaus Mathews, Waltraud Regen, Werner Spyra, Alfred Wermann

Geburtstage

80 Jahre

Kurt Kreil, Bernhard Müller, Direktion 1, Ingeborg Hoffmann, Alexander Hofner, Margot Steiner, Direktion 2, Karlheinz Garnatz, Gerhard Hohnhaus, Hans Lehmann, Direktion 5, Manfred Liebmann, Direktion 6, Harry Kühmichel, Eva Walpuski, Klaus Wetzels, LKA, Klaus Müller, Zentrale Service Einheit

85 Jahre

Herbert Klaus, Werner Steinke, Max Strauss, Rudi Ulbrich, Direktion 1, Ingeborg Marktscheffel, Lothar Neugebauer, Direktion 2, Guenter Bartelt, Guenter Hohoff, Direktion 4, Werner Thiemann, Direktion 5, Ursula Oehlmann, Gisela Kaps, LKA, Maximilian Baer, Zentrale Service Einheit

90 Jahre

Elisabeth Hassar, Direktion 2, Frieda Scharnow, Direktion 4, Irmgard Schulz, Zentrale Service Einheit

91 Jahre

Ursel Leppers, Direktion 1, Ruth Biesel, Zentrale Service Einheit

92 Jahre

Helmut Kolmitz, Direktion 1

95 Jahre

Kurt Rehfeldt, Direktion 3

95 Jahre

Lilli Scheuner, Direktion 4

Ehrung Rita Riehl

Zur Ehrung der Jubilarin, Frau Rita Riehl, zur 50-jährigen Mitgliedschaft in der GdP und zum 87. Geburtstag am 12. Dezember 2011 besuchte der stellv. Bezirksgruppenvorsitzende der Polizeidirektion 5, Bernd Schwarzbauer, unser Mitglied in Berlin-Marienfelde.

An ihrem Ehrentag befand sich Frau Riehl im Kreise ihrer Familie. Im Beisein der Angehörigen wurde ihr die Ehrenurkunde überreicht. Nach dem frühen Tod ihres Ehemannes, der seinen Polizeidienst in Kreuzberg versehen hatte, führte sie die GdP-Mitgliedschaft ihres verstorbenen Ehemannes fort.

In diesem Zusammenhang wurde ihr der Dank und die Anerkennung für ihre langjährige Treue und Solidarität in unserer Gewerkschaft ausgesprochen. Im

Namen der Bezirksgruppe Direktion 5 wünschen wir ihr für die Zukunft weiterhin Gesundheit und alles Gute.

Bernd Schwarzbauer



Rita Riehl seit 50 Jahren Mitglied in der GdP
Foto: Bernd Schwarzbauer

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 25 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030-605 1001**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

